

Abgeordnete des Bundestages legen fraktionsübergreifend Eckpunkte für ein Verbot der PID vor

In einem Eckpunktepapier legten heute fraktionsübergreifend Abgeordnete des Deutschen Bundestages Gründe für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik vor. Die durch Legalisierung der PID gesetzlich legitimierte Selektion vor Beginn der Schwangerschaft stelle einen Paradigmenwechsel dar. „Eine Gesellschaft, in der der Staat darüber entscheidet oder andere darüber entscheiden lässt, welches Leben gelebt werden darf und welches nicht, verliert ihre Menschlichkeit“, so die Abgeordneten in ihrem Eckpunktepapier.

Die Abgeordneten hoben hervor, dass eine Zulassung der PID sozialen Druck auf potentielle Eltern ausübe, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen oder sich vor der Gemeinschaft rechtfertigen zu müssen, wenn sie die PID ablehnen. Schon jetzt erführen Eltern schwer kranker oder behinderter Kinder Diskriminierungen.

Insbesondere sei festzustellen, dass die internationalen Erfahrungen zeigten, dass eine Begrenzung der PID auf Einzelfälle nicht möglich sei. Auch bestehe zwischen dem Verbot der PID und der gesetzlichen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch kein Wertungswiderspruch. So müsse bei Spätabbrüchen nach einer medizinischen Indikation Gefahr für die körperliche und seelische Gesundheit der Mutter vorliegen; eine schwere Erkrankung oder Behinderung des Fötus allein stelle keinen zulässigen Grund für einen Schwangerschaftsabbruch dar.

Initiatorinnen und Initiatoren für ein Verbot der PID sind die Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär (CDU/CSU), Birgitt Bender (Bündnis 90/Die Grünen), Steffen Bilger (CDU/CSU), Ingrid Fischbach (CSU/CSU), Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU), Katrin Göring-Geckardt (Bündnis 90/Die Grünen), Rudolf Henke (CDU/CSU), Ansgar Heveling (CDU/CSU), Pascal Kober (FDP), Dr. Günter Krings (CDU/CSU), Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen), Andrea Nahles (SPD), Ulla Schmidt (SPD), Prof. Dr. Patrick Sensburg (CDU/CSU), Johannes Singhammer (CDU/CSU), Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen), Kathrin Vogler (Die Linke) und Andrea Voßhoff (CDU/CSU).

[Eckpunktepapier „Verbot der PID“](#)

Impressum

berlin aktuell

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Alexander Dückers
Samir Rabbata
Jessica Beyer
Jana Kromer

Herbert-Lewin-Platz 1 · 10623 Berlin
Tel. (030) 40 04 56-358 · Fax -707
presse@baek.de · www.baek.de